



Die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» aus kulturpolitischer Sicht

Die Möglichkeiten, die technologische Entwicklungen und das Internet eröffnet haben, die digitale Speicherung und weltweite Übermittlung von Daten, hat nicht zuletzt auch das kulturelle Leben stark beeinflusst. Andere Tendenzen der Globalisierung führen dazu, dass weniger und weniger global Tätige Unternehmungen immer umfassender das kulturelle Geschehen, vor allem in den Bereichen Musik und Film, zu bestimmen suchen. Sich kompromisslos am Massengeschmack orientierend, stellt diese Industrie den künstlerischen Ausdruck in den Dienst der Wirtschaftlichkeit, die Vermarktbarkeit kommt vor dem artistischen Wert, Marketingstrategien und werbewirksames Image vor einem echten Anliegen der Kunst.

Gleichzeitig bangt die Unterhaltungsindustrie um den Absatz ihrer Produkte, da diese, trotz ihrer Gegenmassnahmen, teils sogar schon vor dem Erscheinen, vermehrt im Internet verfügbar sind. So werden öffentliche Radiostationen verpflichtet, einen bestimmten Teil des Programms mit Produkten der Industrie zu bestreiten, die Urheber-Leistungsschutzrechte deren Interessen entsprechend ständig komplexer gestaltet, die Veröffentlichung der Werke von KünstlerInnen, die noch unbekannt sind, oder nicht nach dem Mainstream zielen, noch weiter erschwerend. Bald soll verboten sein, den Song im Kopfhörer in der Öffentlichkeit mitzupfeifen, ohne dafür Gebühren zu zahlen.

Die Reitschule hat ihren Kulturbetrieb aufgenommen, als solche Entwicklungen bereits absehbar waren, sich jedoch noch nicht dermassen tiefgreifend auf die Gegebenheiten auswirkten. Damals wie heute bietet die Reitschule eine Kultur an, welche dem Massengeschmack in keiner Weise entspricht. Seien es Filme, Theater, Konzerte, das Dargebotene soll zum Denken anregen, zum kritischen Reflektieren unserer Zeit, das Politische und das Ästhetische sollen nicht getrennt werden. Dabei ist ein Betrieb gewachsen, der seinen Kulturbegriff nicht nur in der Vermittlung künstlerischer Aktivitäten lebt, sondern auch mit dem Angebot ökologisch bewusster, hochwertiger Mahlzeiten aus der Restaurant-Küche, dem Herausgeben einer monatlichen Zeitschrift, hergestellt in der hauseigenen Druckerei, dem Betrieb einer Werkstatt, welche für einen Grossteil der notwendigen Unterhaltsarbei-

ten an den Gebäulichkeiten verantwortlich zeichnet. Selbst gutbesuchte Parties, die der Reitschule zum finanziellen Überleben verhelfen, haben einen kulturpolitischen Gehalt dadurch, wie sie veranstaltet werden, wie und warum dafür gearbeitet wird. Noch immer wird das kulturelle Programm vorwiegend durch ehrenamtliche, unentgeltliche Arbeit getragen.

Vergleichen wir die Ausgaben, die das Gemeinwesen für den Betrieb der Reitschule aufwendet, den Erlass der Miete, und etwas weniger als die Hälfte an die Unterhaltskosten für die Gebäulichkeiten, mit denjenigen, welche für andere kulturelle Projekte anfallen, wird deutlich, dass die Stadt in der Reitschule einen Kulturort hat, welcher sie praktisch nichts kostet, dessen Ausstrahlung jedoch einen Akzent in die städtische Kulturlandschaft setzt, welcher, weitherum wahrgenommen, daraus nicht mehr wegzudenken ist. Wo Millionen in Monumente in Form von Museen für verstorbene Künstler gesteckt werden, deren Bezug zur Stadt infolge ihres posthumen, weltweiten Ruhms gewürdigt wird mit dem Gedanken, dass dies tourismusfördernde Auswirkungen haben könnte, wo Unsummen in Theater gesteckt werden, welche nichts anderes können, als über den Zusammenbruch der Werte hinwegtäuschen, das Abonnementspublikum unterhaltend, in einer Welt, da das Säuseln einer mediengerecht aufgebauchten, musikalischen Eintagsfliege mehr Aufmerksamkeit erlangt, als der Künstler, der Jahrzehnte an seiner artistischen Sprache gearbeitet hat, bildet die Reitschule, zusammen mit anderen Institutionen, die sich der Förderung des unabhängigen Film-, Theater- und Musikschaflens hierorts verschrieben haben, eine Oase in der kulturellen Einöde, die diese Stadt ohne sie darstellen würde.

Der Zeitpunkt für einen erneuten Versuch, dem angeblichen Schandfleck den Garaus zu machen, den Betrieb des nun legalisierten Kulturortes zu beeinträchtigen, kommt zu einem interessanten Zeitpunkt. Die Herausforderung an die BetreiberInnen, den neuen Bedingungen, die mit dem Inkrafttreten des Leistungsvertrages Anfangs 2004 zu spielen begonnen haben, zu begegnen, wird ergänzt um diejenige, eine sinnlose Initiative bekämpfen zu müssen. Wurde während der Verhandlungen um den Vertrag, der im Zuge der notwendigen Renovationsarbeiten, die die finanzielle Unterstützung der Stadt voraussetzten, im Gegenzug zu deren Hilfe bei der Sanierung weiterhin auf Kultur-Subventionen verzichtet, kann die Annahme der Initiative nur zu einem führen: Der schon erheblich gestiegene finanzielle Druck auf den Betrieb, der mit den zusätzlichen Verpflichtungen neben den Leistungen, die schon bis anhin erbracht wurden, dazu geführt hat, dass hier und da Restriktionen in der Programmation eingegangen werden müssen, würde einfach dazu führen, dass die Reitschule zur Weiterführung ihres Betriebes neben den zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten auch inhaltliche Unterstützung zu beantragen gezwungen wäre.

Denn: Die Reitschule gehört eben auch zu Bern! Am Kultur- und Begegnungszentrum wird festgehalten werden, denn es gehört zur Kulturlandschaft dieser Stadt. Sollen ihr, als Sonderrecht, «ortsübliche Mietzinse» erhoben werden, wie dies bei keiner anderen Kulturinstitution der Stadt üblich ist, wird ihr Betrieb das Gemeinwesen ganz einfach wesentlich mehr kosten.

Bern, im August 2005